

## Sitzungsvorlage Anfrage

Nr.: 2026/746

### Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.03.2026: Stromausfall

Kreistag

09.03.2026

TOP 19.2

#### Stellungnahme der Verwaltung:

1. Nutzung des **Modularen Warnsystems (MoWaS)** bei dem Stromausfall am 01.03.2026

Die Bevölkerung wurde in diesem spezifischen Fall nicht über das Modulare Warnsystem (MoWaS) des Bundes – zu dem auch die **Warnapp KATWARN** sowie weitere Warnmultiplikatoren zählen– über den Netzausfall informiert.

Die primäre Informationspflicht bei Stromausfällen liegt grundsätzlich bei den Netzbetreibern. Diese stellen Informationen über geplante und ungeplante Netzausfälle in der Regel auf ihren Internetseiten oder über zentrale Plattformen wie störungsauskunft.de bereit. Hier müssen Bürgerinnen und Bürger diese Informationen proaktiv einholen (u.a. störungsauskunft.de/stromausfall)

Nach einer Lageeinschätzung am späten Nachmittag des 01.03.2026, basierend auf Rückmeldungen der Leitstelle, zeigten sich keine Probleme bei kritischen Infrastrukturen wie dem Krankenhaus oder Pflegeheimen, da die internen Notfallmaßnahmen erfolgreich angelaufen waren. Aus Sicht der unteren Katastrophenschutzbehörde war eine zusätzliche Warnung der Bevölkerung über MoWaS zum damaligen Zeitpunkt nicht als zwingend erforderlich angesehen worden. Allerdings hätte eine niederschwellige Information der Bevölkerung über die einschlägigen Warnapps (Nina, Biwapp, Katwarn) in der Nachschau Unsicherheiten abbauen können.

2. Grundsätzliche Nutzung des Modularen Warnsystems (MoWaS) bei großflächigen Stromausfällen

Die Kreisverwaltung ist der Auffassung, dass das Modulare Warnsystem (MoWaS) des Bundes grundsätzlich auch bei großflächigen Stromausfällen oder ähnlichen Ereignissen genutzt werden kann. Hierbei wäre insbesondere die Nutzung einer Warnung der untersten Kategorie über die einschlägigen Warnapps, denkbar, um die Bevölkerung zeitnah und niederschwellig zu informieren und Unsicherheiten abzubauen. Dies jedoch immer mit dem Blick auf den Einzelfall, um eine inflationäre Nutzung der Warnsysteme zu vermeiden.

Um sich für zukünftige Ereignisse besser aufzustellen und die Kommunikation zu optimieren, finden derzeit Abstimmungen mit den Netzbetreibern statt. Ziel dieser Gespräche ist es, die Kommunikationswege zwischen den Netzbetreibern und der unteren Katastrophenschutzbehörde zu verbessern und darauf aufbauend klare Abläufe für Bürgerinformationen und Warnungen festzulegen.

#### Anlagen:

Anfrage der CDU-Fraktion

gez. D. Schulz